

Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

Bezugspreis In der Stadt für Abholer monatl. 10 M., durch Boten bezogen monatl. 11 M., bei Postbezug monatl. 11,50 M. frei Haus. Erscheint werktägl. nachmittags. Einzelnummer 50 Pf. Postfachkonto Leipzig 16 654. Geschäftsstelle Südrhe. 4. Für unerbetene Zusendungen wird keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg.

Anzeigenpreis Der Spät. Minim. Gebraum 60 Pf. und Millim. Restraum 20 Pf. Die laufende Monatsbeilage wird vom Bezieher auf keine Anzeigen bei deren Aufgabe mit M. 7,50 in Zahlung genommen. Abgabebühr 75 Pf. Porto bei Fern. Anzeigen schluß 11 Uhr vorm. Fernspr. 100. Belegnummer u. Bezugsn.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungverleger.) Herausgeber Ludwig Voth.)
mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 2.

Dienstag, den 8. Januar 1922.

112 Jahrgang.

Tageschronik

Die Verhandlungen in Paris über einen Zahlungsanstillstand werden sehr pessimistisch beurteilt.
Rathenau geht als inoffizieller Vertreter Deutschlands nach Cannes.

Die oberste Grenze wird erst nach Beendigung der Verhandlungen bekannt gegeben werden.

Der Reichskanzler verlangt schnelle Beratung der Steuererträge im Reichstag.

Der Eisenbahnerstreik wird heute überall in vollem Umfang wieder aufgenommen.

Frankreich und Japan werden des Abschlusses eines Geheimabkommens über den fernem Osten beschuldigt.

Die Steuerberatung im Reichstag.

Ein Ultimatum des Reichskanzlers?

In parlamentarischen Kreisen tritt immer mehr die Befürchtung auf, daß die Steuerberatung den ganzen Winter hindurch andauern wird. Und zwar nimmt man an, daß nach der zweiten Beratung im Plenum die Steuererträge wieder der Kommission zurückgegeben werden, weil sich unter den Parteien keine Verständigung erzielen läßt. Tatsächlich sind die Gegenstände, die sich schon in den Kommissionen beibringen lassen, in den Parteien außerordentlich groß, selbst in den Koalitionsparteien. Wie wir bereits berichten konnten, plant der Reichskanzler, die Parteiführer einschließlich der Führer der Deutschen Volkspartei, zu einer Besprechung zu laden, um eine Koalition für die Steuererträge zu schaffen. Obwohl diese Information von angeblich gutunterrichteten Berliner Zeitungen bemerkt wurde, können wir sie aufrechterhalten und noch hinzufügen, daß der Kanzler keine andere Möglichkeit sieht, die Steuern schnell unter Dach und Fach zu bringen als durch persönliche Verhandlungen mit den Führern der Koalitionsparteien dahin zu wirken, daß keine weitere Aufschüßlerung der Steuerberatungen erfolgt. Der Kanzler wird außerdem bei der zweiten Lesung der Steuerberatung eine Erklärung abgeben, daß er sich außerstande sieht, die Regierung weiterzuführen, wenn eine solche Übergabe der Steuererträge erfolgt.

Restlose Beilegung des Eisenbahnerstreiks.

Wieder sahrplanmäßiger Personen- und Güterverkehr.

Nach Mitteilung der Eisenbahndirektion Berlin hat sich die Betriebslage im Laufe des gestrigen Nachmittags durchweg gebessert. Seit 2 Uhr mittags ist fast überall die Arbeit wieder aufgenommen. Der Fernpersonenverkehr ist planmäßig durchgeführt worden. Der Stadt- und Ringbahnverkehr war noch unregelmäßig, besserte sich aber gegen Abend. Der Güterverkehr findet wieder in planmäßigem Umfang statt. Arbeitswillige wurden in diesen Tagen vielfach von Streikenden an der Arbeit gehindert. Zu erheblichen Ausfälligkeiten ist es nur vereinzelt gekommen. Von heute ab darf wieder überall mit regelmäßigem Zugverkehr gerechnet werden.

Die der „Vorwärts“ mitteilt, hat die Umweisung des Hauptverbandes des Deutschen Eisenbahnerverbandes an die Bezirksorganisationen, für die schnellste Wiederaufnahme der Arbeit einzutreten, den gewünschten Erfolg gehabt. Im westlichen Streikgebiet ist ein großer Teil der Eisenbahner wieder zur Arbeit erschienen. Heute glaubt man den regelmäßigen Verkehr wiederaufnehmen zu können. Wie das „B. Z.“ meldet, sind in Dortmund, Hagen, Elberfeld und Köln alle Arbeiter wieder zur Arbeit wieder erschienen. In Eisen erwarnt man für heute die Wiederaufnahme der Arbeit in vollem Umfang. Auch in Koblenz sind die Eisenbahnerarbeiter ausnahmslos wieder zur Arbeit erschienen. Der Eisenbahnerstreik in Breslau ist am Montag nachmittags drei Uhr abgebrochen worden.

Die Zahlung am 15. Januar unvermeidlich

Pessimismus über die Verhandlungsaussichten in Paris.

Sowohl bisher an Berliner Regierungsstellen Informationen aus Paris vorliegen, scheint sich das anfängliche Entgegenkommen der Reparationskommission, einen Teil der deutschen Zahlung am 15. Januar zu tun, mit erheblichen Schwierigkeiten zu verbinden. An Berliner Regierungsstellen ist man jedenfalls heute nicht mehr der optimistischen Auffassung, die am Sonnabend vertreten wurde, daß es möglich sein werde, die Reparationskommission zu einem Entgegenkommen unter ersparlichen Bedingungen zu bestimmen. Die Verhandlungen in Paris werden weiter geführt, nachdem die Reparationskommission am Sonnabend an Staatssekretär Fischer die Mitteilung machte, daß sie zu einem Entgegenkommen bereit sei. Staatssekretär Fischer hat nunmehr von der Regierung neue Instruktionen erhalten, welche Garantien er der Reparationskommission für die aufgeschobene Teilzahlung anbieten soll.

Dr. Rathenau geht nach Cannes.

Wie der „Berl. Vorl.-Anz.“ aus bester Quelle erfährt, geht Dr. Rathenau sich am heutigen Dienstag nach Cannes zu begeben.

Frankreich schickt seinen härtesten Gerichtsvollzieher „Echo des Paris“ meldet, daß auch Doumer an den Verhandlungen in Cannes teilnehmen werde. Diese Meldung ist außerordentlich bedeutungsvoll, denn Doumer ist einer der rücksichtslosesten Vertreter der Anschauung, daß Deutschland bis zum letzten Pfennig bezahlen müsse und ihn zu irgendeiner Wänderung des Bonboner Ultimatus zu veranlassen, wird zweifellos ein hartes Stück Arbeit kosten, wenn nicht unmöglich sein.

„Antrafigeant“ behauptet, daß der französisch-englische Gegenstand auf der Konferenz in Cannes in Gegenwart der Italienschen, Belgischen, japanischen und sogar amerikanischen Repräsentanten aufgeführt werden soll. Der französische Standpunkt sei: Deutschland kann zahlen. Frankreich werde daher in Cannes einen schweren Stand haben und es müsse vor allem auf die Ratifizierung des Wiesbadener Abkommens drängen.

Vorbesprechungen zwischen Briand und Lloyd George

Wie „Le Temps“ mitteilt, werden Briand und Lloyd George am Mittwoch und Donnerstag in Cannes Vorbesprechungen haben. Die offizielle Tagung des Oberen Rates wird am Freitag, den 6. Januar eröffnet werden.

Die Dresdener Sozialisten gegen das Eisenbahner-Kompromiß. Die sozialistischen Dresdener Eisenbahner haben sich in einer Funktionärerversammlung gegen das bekannte Kompromiß ausgesprochen.

Kommunistische Streik-Propaganda.

In einzelnen Gebietsstellen des Westens, wo der Streik mit großer Entschlossenheit durchgeführt worden ist, versuchen jetzt die Kommunisten, für die Weiterführung des Streiks Propaganda zu machen. Die kommunistischen Zeitungen behaupten das Verhandlungsergebnis als Verrat an den Eisenbahner.

Folgen des Streiks — Arbeiterentlassungen.

Die Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik hat infolge Kohlenmangels, der durch den Eisenbahnerstreik noch verschärft worden ist, den größten Teil ihres Betriebes stillgelegt. Auch bei der Aktiengesellschaftsbücherei Schöndorf besteht man erneut Betriebsbeeinträchtigungen wegen Kohlenmangels, nachdem erst vor kurzem 2000 Arbeiter entlassen werden mußten.

Das Reichsleistungslimit in Schwelm (Westf.) mußte wegen der ausbleibenden Kohlenlieferungen stillgelegt werden. 20 000 Zeitz- und Metallarbeiter sind dadurch zum Heilen gezwungen, weil den Fabriken der elektrische Strom für die Antriebmaschinen fehlt.

Das Arbeitszeit-Gesetz bei der Eisenbahn.

Vor Weiskirchen hieß es, daß die Verhandlungen um das Arbeitszeitgesetz bei der Eisenbahn abgebrochen seien. Wie wir nunmehr erfahren, sind die Verhandlungen nur vertagt. Sie werden am Mittwoch wieder aufgenommen werden. Der Reichsverkehrsminister hofft, daß es ihm gelingen werde, seine Vorschläge gegenüber den Arbeiterorganisationen durchzusetzen. (112)

Wie Diplomaten Kriege machen.

In einem geradezu glänzenden, leider in der Deutlichkeit verhältnismäßig wenig beachteten Buche erzählt Francis Neilson, ein bekanntes Mitglied des britischen Parlamentes, über das Intrigenspiel der Entente-Diplomaten, das schließlich zum Weltkrieg geführt hat. Die Dinge bekundete Kritik wird über die Leiter der englischen Außenpolitik vor dem Kriegsausbruch und ihre hinter den Kulissen der britischen Diplomatie wie des britischen Parlaments sich abspielenden Manöver und Verhüllungen ausgeführt. Einer der erfahrensten Kenner der englischen Politik führt in diesem, an interessanten Anekdoten und sensationellen Enthüllungen reichen Buche den Nachweis, daß die englischen Staatsmänner wissenschaftlich und wissenschaftlich im Grunde des europäischen Krieges hineingeführt haben.

Im zweiten und dritten Kapitel wendet sich der Verfasser gegen die „Geschichte von dem „Papierkrieg“, von der Behauptung der belgischen Neutralität, die für England, nachdem alle anderen Gründe beim Parlament nicht durchgefallen waren, in der letzten Stunde zum casus belli wurde. Bekanntlich haben die Leiter der englischen Politik vorher ganz anders über die Neutralität Belgiens gedacht, und bei einer Debatte im englischen Unterhaus im Jahre 1887 beriefte allgemein Eingetragenes darüber, daß die sogenannte Neutralität Belgiens in Wirklichkeit gar nicht existierte und im übrigen für England nicht das mindeste Interesse habe. Neilson legt mit aller Deutlichkeit dar, daß es für die britischen Staatsmänner im August 1914 gar nicht die belgische Neutralitätsverletzung war, die zum Krieg drängte, sondern die Frankreich und England gegenüber eingegangenen Verpflichtungen und Bedingungen, wie es u. a. die „Times“ in einem Leitartikel vom 8. Mai 1915, da ihr offenbar das einzige Gebot über Belgien zu viel wurde, ganz unerbittlich zum Ausdruck brachte.

Höchst bemerkenswert sind die Ausführungen Neilson über die russisch-französisch-englische Allianzpolitik in den letzten Jahrzehnten, die niemals der Schaffung des Friedens, sondern lediglich aggressiven Absichten gedient haben. Als Beispiel diplomatischer Doppelmoralität und Hinterlist wird das englisch-französische Abkommen von 1904 besprochen und insbesondere die sogenannte Act gelehrt, mit der Frankreich sich im Jahre 1909 Deutschland gegenüber verpflichtet, die Unversehrtheit Marokkos aufrecht zu erhalten, während in Wirklichkeit die Zersetzung Marokkos unter dem Ententeemächten längst beschlossene Sache war. Angesichts dieser Einseitigkeit und Vertragspolitik erscheint es Neilson geradezu als eine Infamie, daß noch immer von der Kriegsgeschichte Deutschlands, das in Wirklichkeit nicht betrogen und überlistet worden ist, gesprochen wird.

Im fünften und sechsten Kapitel erfahren wir höchst interessante Einzelheiten über die Entstehung der englischen Feindschaft, die Anstrengungen der Zingopresse, der Angli- und Scharfmacher, der „Marinabläser“ des schweizerindustriellen Trubers, der Heeres- und Flottenverbände, der außenpolitischen Propagandaanstalten usw. Im englischen Unterhaus wollte man von diesen unfaulernen Maßnahmen nichts wissen. Zahlreiche Reden geben ein anschauliches Bild der erfolglosen Anstrengungen, die man hier in den letzten Jahren vor dem Kriege machte, um die leitenden Minister über die wirklichen Ziele der britischen Außenpolitik zum reden zu bringen. Es darf geradezu als eine weltgeschichtliche Notwendigkeit gelten, daß in den angeführten so freien Großbritanniens es sich als unmöglich erwies, die Minister zu starker Erklärungen der Volksvertretung gegenüber zu veranlassen, daß es diesen vielleicht möglich war, ihre scharf nachgerichte Politik im Berbergen und mit vollem Erfolg weiter zu betreiben.

In dem letzten Kapitel befaßt sich Neilson auf Grund des englischen Weltbundes mit der „Arbeit der Diplomaten“, mit den Ereignissen der letzten Tage vor dem Kriegsausbruch. Er geht namentlich die Haltung Grey, der am 20. Juli anscheinend noch gewillt war, sich nicht von Russland und Frankreich in den Abgrund hineinzuziehen zu lassen, doch bald dem Druck der Wintzelige der französisch-russischen Diplomatie unterlag, sodann am 29. Juli Reuters Korrespondent in Petersburg telegraphieren konnte: „Reizend auf Englands Unterwürigkeit wegen meiner allzu Zweifel geschunden sind, ist das russische Volk bereit, den Krieg anzunehmen.“ Am gleichen Tage, an dem Grey zu Russland derartige Aufzorderungen machte, forderte er Deutschland auf, bei Österreich auf Mäßigkeit und Nachgeben zu drängen. Die diplomatische Schachpartie der letzten Tage mit all ihren Wintzeligen und Verlegenheiten rollt sich mit einer geradezu dichterischen Anschaulichkeit von dem Leser ab und selbst der überzeugteste Gläubiger an Deutschland als Kriegsgegner wird nach Bekunde dieser Enthüllungen seine Meinung gründlich revidieren.

In der Frage der Schuld und Verantwortlichkeit kommt Nelson zu der Schlussfolgerung, daß die wahren Gründe des Krieges nicht in dem geschichtlichen Kontexte, sondern in dem widerwärtigen Agieren, das in den englisch-französischen Verträgen vom Jahre 1904 lagen. Er schließt mit den bemerkenswerten Worten: „Es war nicht eine einzelne Person oder eine einzelne Macht, welche die Verantwortlichkeit für diesen Krieg trägt. Es war ein System, welches ihn erzeugte, und dieses System ist die Geheimdiplomatie. Wer trägt an ihr die Schuld? Das Volk jeder Nation, die sie ausübt, und jene Nationen, die sich der freien Institutionen schämen, tragen die größte Verantwortung.“ Das Nelson'sche Buch steht unter der Literatur über die Frage der Kriegsschuld an erster Stelle. Besondere Bedeutung gewinnt es dadurch, daß sein Verfasser ein langjähriger Mitglied des britischen Parlamentes war zu einer für die Vorgeschichte des Krieges bedeutungsvollen Periode, wodurch seinen Schilderungen noch der Stempel des persönlichen Erlebten aufgedrückt wird.

Der Streit auf Jeze Mont Genis zusammengebrochen.

Auf der Jeze Mont Genis, Schaft 1 bis 3, 700 die Verlesung am Freitag ausständig wurde, sind zwei Drittel der Besatzung bereits am Sonntag, der Welt heute wieder angefahren. In einer Besatzungssammlung hatten die Vertreter des alten und des christlichen Bergarbeiterverbandes sich entschieden gegen den wilden Streit ausgesprochen.

Der mitteleuropäische sozialistische „Arbeitsgemeinschaft“ wird auf den Jahr geführt.

Die demokratische Fraktion des sächsischen Landtages ersuchte die Regierung um Auslösung der Arbeiterfrage und Inhalt der neuerdings mehrfach stattgefundenen Zusammenkünfte der Minister von Sachsen, Thüringen, Anhalt und Braunschweig zwecks Gründung einer dauernden Arbeitsgemeinschaft zur Förderung sozialdemokratischer Arbeit in Mitteleuropa. Diese antwortlichen Zusammenkünfte bezüchtigen die Rechte des Landtages in weitgehendem Maße.

Nach keine Bekanntgabe der oberösterreichischen Grenze.

Dieser Tage ging durch die Presse die Nachricht, daß die Grenze in Oberösterreich am 15. Januar offiziell bekanntgegeben werden soll. Diese Meldung trifft, wie wir zu verlässlich hören, nicht zu. Die Grenze soll vielmehr erst dann offiziell bekanntgegeben werden, wenn die Verhandlungen zwischen der deutschen und österreichischen Kommission beendet sind. Diese Verhandlungen werden sich aber noch einige Wochen hinziehen. Das Ergebnis der Verhandlungen wird alsdann zunächst von der Z.N.S. und darauf vom Obersten Rat geprüft werden, der seinerseits den Tag bestimmt, an dem die Lösung des deutschen Teiles für Polen in Oberösterreich erfolgt.

Deutsches Oberösterreich — ein französisches Reparationspfand.

In Oppolzer Ententevertrag gibt man in den letzten Tagen den schon vor einiger Zeit aufgetauchten Vermutungen selbster Gehalt, daß zu den Sanktionen, die Frankreich bezüglich Deutschland in Cannes beantragen werde, auch diejenige sich befindet, den Deutschland ausgesprochenen Teil Oberösterreichs besetzt zu halten.

bis Deutschland seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommt bzw. genügend Bürgschaften in dieser Hinsicht für die Zukunft gegeben hat. Außerdem ist es für die Handhabung von Eisenbahnen, Maßnahmen auf polizeirechtlichen Gebieten und aus der Regelung anderer Angelegenheiten schließen, daß die Z.N.S. mit der baldigen Räumung Oberösterreichs noch nicht zu rechnen scheint.

Russischer Handelsverkehr mit Oberösterreich.

In Oberösterreich befindet sich seit einigen Tagen ein Vertreter des russischen Wirtschaftskommissariats zum Zwecke der Entschärfung wirtschaftlicher und industrieller Handelsbeziehungen mit den oberösterreichischen Firmen. Größere Aufträge, besonders in Eisenbahnmateriale, sind bereits erteilt worden. Die Zahlungen erfolgen in Goldwährung und werden durch Schecks auf amerikanische Banken angefertigt. Man stellt sich in Russland darauf ein, mit Deutschland nunmehr in großzügiger Weise in Handelsbeziehungen zu treten.

3,6 Milliarden Befähigungskosten.

Verwendende Einschränkung dieser Ausnutzung.

Die von der Entente überreichte Gesamtkostenaufstellung für die Monate

Oktober, November und Dezember, abschließend mit dem 20. Dezember, beträgt

3,6 Milliarden Mark.

Davon entfallen auf Unterstützung der Lebensmittelwirtschaft in ihren Standorten 2,3 Milliarden Mark.

Auf der Konferenz von Cannes wird die Frage der österreichischen Befähigungstruppen besprochen werden. Hierbei soll beantragt werden, daß die Unterhaltungskosten auf vierzig Millionen Goldmark jährlich festgesetzt werden. Die Länder, die ihren Anteil an den Kosten übernehmen, werden den Selbstbetrag aus eigener Tasche bezahlen müssen.

Französisch-japanische Sabotage der Abrüstungskonferenz.

Geheime Abmachungen über Sibirien.

Der Washingtoner Korrespondent des „Handelsblatt“ hat aus zuverlässiger Quelle Nachrichten über eine geheime Korrespondenz erhalten, die zwischen Frankreich und Japan in der Zeit zwischen dem Vorschlage Harding's zur Wählung einer Abrüstungskonferenz und der Einberufung dieser Konferenz ausgetauscht worden sein soll. Die Korrespondenz habe die französischen und japanischen Interessen

in Sibirien zum Gegenstand gehabt. Im Hinblick auf die Haltung Frankreichs und besonders Frankreichs auf der Washingtoner Konferenz müsse man befürchten, daß statt einer Verständigung im Fernen Osten eine neue Mächtegruppierung beschließt werde, die für den Weltfrieden sehr verhängnisvoll werden könne.

Ebenfalls ergänzend meldet die „Frankfurter Zeitung“, daß die Delegierten Russland mit Berufung auf Lichtfertigkeit eine angebliche geheime Entente zwischen Frankreich und Japan denunziert haben. Frankreich und Japan sollen sich eine gegenseitige Unterstützung auf der Washingtoner Konferenz versprochen haben. Die französischen und japanischen Delegierten haben diese Behauptung jedoch dementiert und behauptet, daß die von Russland vorgelegten Dokumente falsch seien.

Vor dem Ende der Konferenz.

„Am Salt: eines Krieges ausbreitet.“

Man erwartet, daß noch zwei Volltagungen abgehalten werden. Die eine wird die bezüglich der Marinefrage, die andere die bezüglich des fernem Ostens nach unerledigten Punkte „regeln“. Es scheint, daß der 14. Januar, an dem Lord Balfour und Lord Lee nach England zurückkehren werden, als Datum des Schlußes der Konferenz zugesprochen werde.

Man wartet noch auf die Annahme der zweiten und dritten Resolution Roods durch Frankreich. Die öffentliche Meinung Amerikas folgt immer ausgeprägter der britischen Führung, und der Druck auf Frankreich wird immer unübersehbarer. Die englische Admiralität bleibt dabei, daß für ihre Politik die Annahme oder Nichtannahme gleichgültig sei, da solche Resolutionen im Falle eines Krieges doch nicht abgelehnt werden.

Die Spannung zwischen Rom und Belgrad.

Der Oberste Rat muß helfen.

Die Aufsehen erregende italienischer Kriegsschiffe in die jugoslawischen Gewässer gefahren haben, haben den Erfolg gehabt, daß sich die Belgrader Regierung an den Obersten Rat und an den Bälterbund gewandt hat, um diese Angelegenheit zu regeln. Die Genugtuungsforderungen, deren Erfüllung die italienische Regierung verlangt hatte, wurden von der jugoslawischen Regierung abgelehnt.

Aus Stadt und Umgebung.

Zur Optionsfrage

teilt uns der Vorsitzende der hiesigen Ortsgruppe des Deutschen Südbundes, Rechtsanwalt Dr. Hannß, noch mit: Es wird weniger darauf ankommen, vor der deutschen Behörde rechtzeitig zu optieren, da nach den Erklärungen des Reichstagspräsidenten Böbe auch später die Einbürgerung als Deutscher keine Schwierigkeiten bereiten wird, als da keine Gelegenheit verläuft — im Interesse vor allem der Rechtsformen gegenüber Polen für Deutschland zu optieren bzw. auf die polnische Staatsangehörigkeit zu verzichten.

Dies geschieht durch eine schriftlich beim Generalkonsulat der polnischen Republik in Berlin einzureichende Erklärung, deren Unterschrift polizeilich oder notariell beglaubigt sein muß. Die Erklärung muß Angaben über Zeit und Ort der Geburt, Wohnort am 1. Januar 1908, am 10. Januar 1920 enthalten, Paß und Name der Familienmitglieder, jetziger Wohnort, Geburtsurkunde oder andere Beweispapiere sind beizufügen oder anzugeben, daß sie nachgereicht werden.

Nachkommen, deren Väter nicht optiert haben, müssen mit der Möglichkeit rechnen, als wehrpflichtige Polen behandelt zu werden.

Vorbrude für die Option können bei Rechtsanwalt Dr. Hannß in Empfang genommen werden. Deutsche, tut Eure Pflicht in Euren und unseres Vaterlandes Interesse!

Zur Ausübung der Option für Deutschland oder Dänig.

* Wie aus vielfachen Anfragen hervorgeht, herrscht in der Öffentlichkeit noch immer eine Klarheit darüber, für welche Personen eine Option auf Grund des Deutsch-Dänischer Options-Vertrages in Betracht kommt. Es wird darauf hingewiesen, daß diejenigen deutschen Reichsangehörigen, die am 10. Januar 1920 ihren Wohnort im Gebiete der jetzigen Reichs-Dänig hatten, mit diesem Tage die deutsche Reichsangehörigkeit verloren und die Däniger Staatsangehörigkeit erworben haben, gleichviel, ob sie sich in diesem Gebiete niedergelassen haben. Unter diesen Voraussetzungen haben auch die am 10. Januar 1920 dort wohnhaft gewesen waren die deutsche Reichsangehörigkeit verloren und die Staatsangehörigkeit der freien Stadt Dänig erworben. Die Personen, die danach die deutsche Reichsangehörigkeit verloren und die Däniger Staatsangehörigkeit erworben haben, können — von dem Falle der Wieder-Einbürgerung abgesehen — die deutsche Reichsangehörigkeit dadurch wieder erwerben, daß sie bis zum 10. Januar 1922 für die deutsche Reichsangehörigkeit optieren. Zutunlich für die Entgegennahme der Optionserklärung auf Grund des Deutsch-Däniger Options-Vertrages sind in den Stadtstellen die Preislosgeldscheine, in den Kreisreifen der Landrat. Ueber die näheren Bestimmungen haben die erwähnten Behörden Auskunft zu erteilen. Die für Deutschland optionberechtigten Däniger Staatsangehörigen werden bei ihrer Einbürgerung in Betracht zu ziehen haben, daß sie innerhalb von zwölf Monaten nach der Abgabe der Options-erklärung ihren Wohnort nach Deutschland verlegen müssen.

Entscheidend des Kinder Gottesdienstes.

* Gestern abend hielt der Kinder Gottesdienst des Neumarkts seinen Elternabend in Angaraten ab. Vor vollbesetztem Hause wickelte sich ein reichhaltiges Programm ab, das Herr Pastor Volt mit großer Sorgfalt zusammengestellt hatte. Kinder tragen Gedichte vor, die sich auf Weihnachten und Neujahr bezogen. Auch einige sehr gute Theaterstücke wurden zur Aufführung gebracht. Beim Eintritte der Spiele hatten die Darsteller kein freudlich mehr. Mehrere Weihnachts- und Neujahrsgedichte des Kinderchor's unter Leitung des Kantors längerlich füllten die Verbindung zwischen den Darbietungen her. Eine Sammlung in derer Baue erob eine stolze Summe, die zum Besten des

Kinder Gottesdienstes verwendet werden soll. In einer kleinen Ansprache wies Pastor Volt auf die Arbeit des Kinder Gottesdienstes hin, die zum Wohl der Kinder und damit zum Glanz der Eltern dienen soll. Gemeinlicher Gelingen beschloß den wohligen Abend.

Ein Zusammenstoß erkranker Art

ereignete sich heute Vormittag 1/12 Uhr in der Weichenfellerstraße zwischen einem Wagen der elektrischen Fernbahn nach Dürrenberg und einem mit Säcken voll Gerste schwer beladenen Kalkauto der hiesigen Enghardt-Brauerei. Das Auto, das mit Anhänger fuhr, kam in ziemlich schnellem Tempo aus der Mauerburgerstraße und bog in demselben Augenblick auf die Weichenfellerstraße ein, in dem die Fernbahn, die ebenfalls nicht langsame Fahrt hatte, an die Enghardtstraße vorrückte. Das Auto fuhr fort, bis es den elektrischen Wagenführers kam die Bahn zum Stehen und fuhr nur in den Anhänger des Autos hinein. Beide Teile erlitten ziemlich starke Beschädigungen, außerdem wurde ein Sack Gerste auf das Straßenpflaster 3. Entwickelt, wo sich bald Liebhaber dafür einfanden. Nach längerem Aufenthalt konnten Auto und Fernbahn ihre Fahrt fortsetzen.

Wohnungsanstalt.

Das Wohnungsamt teilt mit, daß diejenigen Einwohner unserer Stadt, welche ihre Wohnungen gegen andere tauschen möchten, sich von Zeit zu Zeit im Wohnungsamt, Rathaus 1. Trepp, Zimmer Nr. 8 und 9 einfinden, in die dort ausliegenden Taustafeln Einsicht nehmen wollen.

Veranstaltungen für Geschäftsleute.

Die Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt hat in Halle eine Beratungsstelle für Geschäftsleute eingerichtet. Sie befindet sich Schulstraße 5/6 und liegt unter Leitung des Herrn Professor Dr. med. Gomade. Besprechungen werden abgehalten: Montag und Donnerstag 5-7 Uhr nachmittags. In der Beratungsstelle werden alle bei der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt, der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, der Norddeutschen Anwartschaftsversicherung und der Pensionkasse für die Arbeiter der Preussischen Heilfürsorge-Gesellschaft versicherten geschäftlichen Personen und deren Angehörige, sowie auch die diesen Kreisen nahestehenden nichtversichereten Personen unentgeltlich und unter völliger Geheimhaltung untersucht und beraten. Nachfragen werden auf Wunsch erlassen; unter Umständen wird auch eine Einbürgerung für entgangenen Arbeitsdienst gewährt. Die nächste Beratungstage sind in Merseburg, befindet sich im Saale-Große Ritterstraße Nr. 27. Die Untersuchung und Beratung erfolgt unentgeltlich an jedem Tag von 2-5 Uhr nachm. durch Herrn Stadtrat Dr. Schhardt.

Austrufen von Heiligkeit.

In der Zeit vom 11. bis 17. Dezember sind in Deutschland 141 Einbürgerungen an Niederländer festgestellt, und zwar in Frankfurt a. D. 139 (bei Wolgadenstein), in Stuttgart und Osterhofen (Regen, Stuttgart) je ein Fall bei Selme Lehrern.

Steuerabzug von Arbeitslohn.

* Am Einzelteil unserer heutigen Nummer veröffentlicht das Finanzamt eine Bekanntmachung, gemäß der die Arbeitgeber Abänderungen auf den Steuerbüchern vorzunehmen nicht befristet sind. Zugleich werden die Bestimmungen über die Abänderungen der Steuererträge und nochmals die Höhe der abzugfähigen Beträge bekannt gegeben.

Verzinsung verspäteter abgelegter Steuererträge.

Diesbezügliche Verhältnisse, welche anstalt Steuererträge für die einbehaltenen Lohnabzüge zu verwenden, die Beträge der Finanzabgabe zu zahlen, haben bis zum zehnten Tages des folgenden Monats zu tun; bei späterer Zahlung werden 5% Zinsen berechnet. Das gilt auch für Verbände. Diese Vorschrift des § 104 der Abgabenordnung wird zur Folge Anordnung des Finanzministers von nun an durchgeführt.

Neue Steuerbücher.

* Eine große Anzahl der neu ausgefertigten Steuerbücher ist noch nicht abgeholt. Die Firmen, Behörden oder sonstigen Arbeitgeber, welche die gesammelte Abgabe der Bücher beantragt haben oder welche die gesammelte Abgabe noch wünschen, werden an die Abholung der neuen Steuerbücher für das Kalenderjahr 1922 erinnert.

Die Arbeitnehmer, deren Arbeitgeber bisher keinen Bescheid vor der genehmigten Abholung der Steuerbücher für ihre Arbeitgeber gemacht haben, werden nochmals aufgefordert, die Steuerbücher, soweit noch nicht gegeben, bis spätestens Mittwoch, den 4. Januar 1922 im Stadtsteueramt, Burgstraße 1, abzuholen. Andernfalls entstehen bei Nichtabholung für die Beteiligten erhebliche Zustellungskosten.

Umfassungsverpflichtung der Wandergewerbetreibenden.

* Durch die Verordnung des Reichsministers der Finanzen vom 22. Oktober 1921 sind die Ausführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz dahin geändert, daß künftig auch die Inhaber von Wandergewerbetrieben zur Zahlung einer Umsatzsteuer beim Finanzamt durch Lösung eines Straßensteuerheftes im Finanzamt verpflichtet werden. Die Verpflichtung ist zu beachten. Der obige Bescheid einer genehmigten Niederlassung von „Haus zu Haus“ oder auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten innerhalb einer selbständigen ihm ausübenden Tätigkeit Lieferungen oder sonstige Leistungen gegen Entgelt ausführt, hat vor Beginn seiner Tätigkeit bei dem zuständigen Finanzamt (Umsatzsteueramt) ein Straßensteuerheft zu lösen und dadurch den Eingang der Umsatzsteuer sicherzustellen. Ausnahmen finden nur statt beim Handel mit Zeitungen und Zeitungen sowie in gewissen Grenzen beim Handel mit selbstgenommenen Erzeugnissen der Landwirtschaft und Forstwirtschaft, des Garten- und Fischereiwesens, der Geflügel- und Kleintierzucht und der Jagd- und Fischerei. Wandergewerbetreibende sind freizubehalten. Die näheren Bestimmungen ergeben sich aus dem Straßensteuerheft. Auch erklärt das Finanzamt (Umsatzsteueramt) Auskunft. Zutunlich ist das Finanzamt (Umsatzsteueramt) in dessen Bescheid der Steuerpflichtigen seine selbständige Tätigkeit ausübt. Lebt er sie in dem Besitze mehrere Umsatzsteuerämter aus, ist ihm das Amt seines Wohnortes oder vielmehr das zuständige. Ferner wird uns vom Finanzamt noch geschrieben: Wir



1. Januar 1922 wird vorläufiglich die zur Zeit noch zur Beratung stehende Skizze zum Umsatzsteuergesetz in Kraft treten, die für alle Gewerbetreibenden, Landwirte und die Angehörigen des Handels und der freien Berufe von besonderer Bedeutung ist. Das neue Gesetz wird infolgedessen von einschneidender Wirkung sein, als darin der Satz der allgemeinen Umsatzsteuer, der jetzt 1 1/2 v. H. beträgt, wesentlich erhöht wird. Es ist nach den bisherigen Berechnungen im Verhältnis damit zu rechnen, daß er auf 2 v. H. festgesetzt werden wird. Ferner wird das Gesetz eine wesentliche Beschränkung der bisherigen Begünstigungen bei der Gift- und Ausfuhr bringen. Von besonderer Bedeutung ist ferner die Einschränkung der Vergütungen beim Erwerb von Fahrzeugen zur Personenbeförderung. Während nach dem jetzt geltenden Gesetz die Steuerstelle dem Erwerber eines fuhrzeugsfähigen Personenzugfahrzeuges 10 v. H. des Entgelts auf Antrag zu vergüten hatte, sofern das Fahrzeug ausschließlich oder überwiegend der Ausübung des Gewerbes oder Berufes der Erwerbers dienlich wird, nach den neuen Bestimmungen eine Vergütung nur hinsichtlich der Fahrzeuge, wenn sie der Ausübung des fuhrzeugsfähigen Gewerbes dienen. Auf 1/2 v. H. wird also z. B. auch ein Wert für einen fahrzeugsfähigen Personenzugfahrzeug festgesetzt werden, den er zur Ausübung seines Berufs oder Gewerbes zu benutzen beabsichtigt. Ferner wird die Steuerstelle für eine erhöhte Umsatzsteuer auf die Verarbeitung von Speisen und Getränken vorgeschrieben. Die diese Geschäftsteuer ausmacht wird, läßt sich nach nicht abschätzen. Diese erhöhte Steuer wird nicht vor 1. April 1922 in Kraft treten. Hierzu treten noch Änderungen in Einkommen, z. B. in Bezug auf Gewerbesteuer, auf Befreiung von Elektrizität und Gas. Auch die Umwandlung, daß die Steuerpflichtigen innerhalb eines Monats nach Ablauf jedes Kalenderjahres eine Veranschlagung zu stellen haben, ist ferner schon im Entwurf vorgesehen. Die für Straßengüter bestehende besondere Steuer ausfällt nicht infolge nach auf die Zahlung von Abgaben gemeinschaftlichen und schließt auch auf die Teilnehmer an einem Markt im Sinne der §§ 64 ff. der Reichsgewerbeordnung angeschlossen werden. Die im Jahre 1922 vorzunehmende Berechnung der Umsätze des Jahres 1921 erfolgt nach den bisherigen Bestimmungen.

Drucksachenarten.

Nach den vorläufigen Bestimmungen sind zwar Karten, zu denen der Zeit zum Zeit durch den Druck, zum anderen Teil durch Holographie vervielfältigt ist, zur Befreiung als „Drucksache“ oder „Drucksachenart“ zugelassen, aber die Vorschriften darüber, ob im einzelnen Falle eine Karte dieser Art vorliegt oder nicht, sind zwischen der Post und dem Publikum häufig geteilt. Wie raten daher den Interessenten, ihre Karten oder sonstige Drucksachen usw. nicht in gewöhnlicher Verfertigungsart herzustellen, namentlich nicht in gedruckt Formulare holographisch vervielfältigen Zeit einzulegen, vielmehr lieber den gesamten Zeit holographisch vervielfältigen zu lassen. Dann ist die Zulassung zum niedrigen Drucksachen-Tarif (15 Pf.) oder Drucksachen-Tarif (10 Pf.) außer Zweifel.

Verbleibende Personenzüge mit 3. Klasse.

Die Reichsbahn, die zum 1. Februar, um der allgemeinen Erhöhung zu folgen, die Personentaxe um 75 Prozent erhöhen muß, wird zum Ausgleich für diese Härte beschleunigte Personenzüge mit dritter Klasse einführen, die weitere Entfernungen durchqueren und die Hauptverkehrlinien aufweisen. Diese Züge werden mit der bei Personenzügen üblichen Geschwindigkeit verkehren, aber erheblich weniger Zeit als die heute fahrenden Züge brauchen, da sie nur an den wichtigsten Stationen Aufenthalt nehmen sollen. Die Einführung der Züge ist mit dem Inkrafttreten des neuen Fahrplanes, d. h. zum 1. Juni 1922, geplant.

Die Züge werden für die wichtigsten Verkehrsrichtungen, z. B. Berlin-München, Berlin-Frankfurt a. M., Berlin-Hamburg u. a. m. geschaffen werden. Sie werden die dritte und zweite Klasse führen, die zweite nur ausnahmsweise.

Erhöhung der Güter- und Tier-Tarife ab 1. Februar 1922.

Bereits vor der allgemeinen Erhöhung der Güter- und Tier-Tarife ab 1. Dezember 1921 hatte die Verwaltung der Reichsbahn eine organische Umänderung der Gütertarife geplant und eine entsprechende Vorlage herausgegeben. Hieran war, um die infolge der schematischen projektualen Erhöhung der Gütertarife im April und November 1921 eingetretene Verwirrung in den wirtschaftlichen und insbesondere Verkehrsverhältnissen der einzelnen Wirtschaftszweige und Gebiete wieder auszugleichen, eine anderweitige ausgleichende Einsetzung der Frachttarife für die Erträge und Abgabenklassen, und zum anderen eine vertikale Abgleichung auf mittlere und weitere Entfernungen vorgesehen. Diese Vorlage ist infolgedessen bei der allgemeinen Erhöhung der Frachttarife ab 1. Dezember 1921 um einheitlich 50 Prozent noch nicht berücksichtigt worden.

Nunmehr legt die Eisenbahnverwaltung den deutschen Verkehrsstellen erneut eine Vorlage betreffend die Erhöhung in die Tarife unter organischer Einbeziehung dieser Erhöhung in die bestehenden Tarife vom 3. Dezember 1921 nebst Nachtrag vom 21. Dezember 1921 vor, und hat infolge einer Anfrage der Abgeordneten Dr. von Krause, Dr. Wolff und Genossen im Reichstagen Vorlage die Eisenbahn-Verwaltungen beantragt, diese Vorlage im Kreise der Reichs-Eisenbahndirektion unverzüglich zu besprechen.

Aus Kreis und Nachbarkreisen

Zusammenstoß auf Bahnhof Corleth.

* Corleth, 3. Januar. Gestern nachmittags gegen 5 Uhr ereignete sich am Bahnhof Corleth ein Zusammenstoß zweier Lokomotiven. Räder geringem Schaden sind keine Verletzte an Passagieren zu beklagen. Der Verkehr auf dieser Strecke läuft zeitweilig.

Streit in Halle.

** Halle, 3. Jan. Die Abwehrtruppen traten hier am Montag in den Lokalfriede.

Verstoß der Universität Halle.

** Im laufenden Wintersemester fällt die Universität Halle 3221 immatrikulierte Studierende. Die einzelnen Fakultäten weisen auf: theologische Fakultät 247, rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät 875, medizinische Fakultät 571, davon 65 Studierende der Zahnheilkunde. Ferner

Letzte Depeschen

Deutschlands Teilnahme am wirtschaftlichen Wiederaufbau.

London, 3. Januar. (Eigener Drahtbericht.) „Daily Telegraph“ meldet, daß der Kommissar der alliierten Wirtschaftskomitee die prinzipielle Entscheidung enthält, daß Deutschland und die anderen Besatzmächte gemäß dem englischen Vorschlag in das beschränkte Finanzforum aufgenommen werden.

Belgien wahrte seine Interessen in Rußland.

Brüssel, 3. Januar. Der „Soir“ berichtet: Die belgischen Delegierten haben auf der Konferenz von Industriellen und Finanzleuten in Paris am Sonnabend eine ausführliche Rede überreicht, in der in bestühlicher Weise die Fragen angesprochen werden, die nach ihrer Auffassung gelöst werden müßten. Die Belgier haben besonders betont, daß die frühere Situation respektiert werden müsse. Es handelt sich vor allem darum, daß die besondere Lage, die Belgien sich in Rußland geschaffen hat, wo es seine Interessen aufrechterhalten hat, geachtet werde.

Auch die Reparationskommission geht nach Cannes.

Paris, 3. Jan. Laut „Matin“ kommen der belgische Ministerpräsident Theunis und der belgische Außenminister Jaspars heute in Paris an, um mit Brand vor der Abreise nach Cannes eine Besprechung zu haben. Mit ihnen zusammen wird sich auch die Reparationskommission nach Cannes begeben.

Der heutige Dollarkurs.

Paris, 3. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Dollarkurs heute mittags um 12 Uhr 188.

Der Dampfer Fehmarn gesunken.

Kiel, 3. Jan. Nach Mitteilung der Reederei H. Dieblich sank der Dampfer „Fehmarn“, der vorgeliefert aus der Nordsee zurückfuhr. Ein Hilfsdampfer rettete drei Mann der Besatzung. Das Schicksal der übrigen ist unbekannt.

Japan soll Schantung an China herausgeben.

Paris, 3. Jan. Nach Meldung des „Reynold Herold“ aus Washington wird Senator Borah im Senat dieser Tage über das Viermächteabkommen im Stillen Ozean einen Widerspruch einbringen, der das Ziel verfolgt, Japan zu nötigen, Schantung und die anderen chinesischen Gebiete, die es angrenzt, in Besitz hat, an China zurückzugeben.

Der russisch-japanische Wirtschaftskrieg

Stockholm, 3. Januar. Die schon seit Wochen bestehende Spannung in den russisch-japanischen Beziehungen wegen der Handelsfrage besteht aber, wie betont werden muß, nach wie vor nicht. Mit dem Export russischer Waren teilt die Sowjetregierung die verhandelte Stelle Stundensproben hat es im vergangenen Jahre immerhin für 80 Millionen russischer Mark Waren nach Rußland verkauft. Die japanische Regierung bezieht sich darauf jetzt auch Schritte zu unternehmen, die die Sowjetregierung beschuldigen sollen.

Die russische Offensive gegen Karelien.

Helsingfors, 3. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Volksgewaltige Truppen, die über Krikkila und Kovalier verfügen und den Kareliern an Zahl bedeutend überlegen sind, haben eine große Offensive gegen Porvoo eingeleitet.

Zum italienisch-jugoslawischen Konflikt

Paris, 3. Jan. „Petit Parisien“ demontiert die Belgrader Meldung, wonach der Oberste Rat mit dem Hohekommissar von Sebenico befaßt werden soll. Das Blatt glaubt vielmehr zu wissen, daß die Angelegenheit dem Völkerbund unterbreitet wird.

Philosophische Fakultät 1528, darunter 751 Landwirte, 276 Philologen und Historiker, 188 Chemiker, 175 Mathematiker und Naturwissenschaftler und 27 Pharmazeuten. Mit den 315 Hörern beträgt die Gesamtzahl der Berechtigten 3536.

Aus Provinz und Reich

Der Wesserschlag vom Kurfürstendamm.

† Berlin, 2. Januar. In der gestrigen Meldung geben wir hier einen ausführlichen Bericht. Am gestrigen Nachmittag tauchte plötzlich in der Nähe des Bahnhofs Zoologischer Garten ein Mann auf, der mit gekrümmtem Dolchmesser die Gardenerstraße entlang lief und wild um sich schlug. Die Strafengänger waren sich einer Gefahr zunächst nicht bewußt, bis sie von dem Unhold angefallen wurden. Auf Männer und Frauen nach er bindungslos ein und zerstückte ihnen die Kleidung. Niemand wagte, dem Manne Widerstand zu leisten. Inzwischen war der aufscheinend Geisteskranke in den Kurfürstendamm eingebogen und setzte hier sein Treiben fort. Eine junge Dame, ein Fräulein Thoppe aus Wilmersdorf, die sich mit ihrem Schirm gegen den Täter zur Wehre setzte, erlitt einen schweren Schlag in den Kopf und wurde bewusstlos. Während sich herbeieilende Passanten um die Verletzte bemühten, stießen beherzte Männer dem Unholdigen nach, um ihn zu entwaffnen. In der Nähe der Kurfürstendamm wurde der Wesserschlag unterteilt, und der dort als Verletzter seines Amtes wartende Unterwachtmeister Erich Hoenigart von der 3. Schutzpolizei-Abteilung suchte sich das Wild um sich fesseln zu bemühen. Im nächsten Augenblick sprang der Täter, der später als 17 (43 Jahre alte Arbeiter Paul Weg aus der Admanstraße 17 (Spandau) festgestellt wurde, den Beamten an und jagte ihn.

den Dolch in die rechte Brustseite.

Der Schlag war mit so großer Gewalt geführt worden, daß der Wachtmeister schwer verletzt zu Boden sank.

Von allen Seiten erschollen sehr Mitleids- und einherbeilender Kamerad des niedergehenden Beamten, der Unterwachtmeister Schmidt, der gleichfalls von dem Manne angefallen wurde, mußte von seiner Schutztafel Gebrauch machen und steckte den Unhold durch einen Faustschlag nieder. Die Verletzten wurden zunächst nach der Rettungsstelle gebracht und dann in das Elisabethenkrankenhaus eingeliefert. Dort konnte dem Wachtmeister Hoenigart keine Rettung gebracht werden. Er starb bald nach der Einlieferung.

Der Täter wurde nach Anlegung eines Notverbandes zunächst nach der Polizeiwache gebracht. Er verweigerte jede Aussage, rief aber wiederholt: „Ihr kommt alle noch heran, ich habe es schon öfters gemacht!“ Beeg verließ als Polizeigefangener in der Garde.

Direktor Morvilius.

Berlin, 2. Jan. Die Verhaftung der Rabendiebesbande bringt neue abschließende Befreiungsungen. Der Bericht besagt, daß der in hoher Reichsstellung befindlich gewesene Direktor Franz Morvilius, der in den nächsten Tagen als Richter verurteilt werden sollte, früher seiner letzten Frau gegenüber kuppelt geübt habe. Nach dem bisher vorliegenden Untersuchungsmaterial scheint sich folgendes traurige Bild zu ergeben: Morvilius lernte seine jetzt 20 Jahre alte Frau kennen, als sie noch nicht 16 Jahre alt war. Schon damals mußte er um die Dienerin der Familie. Das hörte ihn aber nicht und er, der damals - Anfang 1917 - im Reichsgewinnministerium beschäftigt war, hielt das junge Mädchen zu gewerblich mäßigem Umsatz und er ließ sich, wenn seine Frau, wie er sie damals schon nannte, von reichen Männern kam, denen er sie zugeführt hatte, das Geld geben.

Mehrere Herren, die das schändliche Treiben beobachtet hatten, schrieben an seinen vorgesetzten Ministerialdirektor einen ausführlichen Brief, in dem sie unter Beilegung aller Daten den M. der Zuhälterei beschuldigten und baten, in einer von ihm angegebenen Stunde diese Beschuldigungen persönlich wiederholen zu können. An einem der nächsten Tage wurde einer der Briefschreiber aus dem Reichsgewinnministerium antelephoniert und ihm gesagt, eine vollständige Untersuchung sei in nicht mehr erforderlich, da das genügende Material im Briefe enthalten sei. Einige Tage später erließ Morvilius bei dem Briefschreiber und hat ihn hinstellen, seine Angelegenheit zurückzunehmen, da er sonst seine Stellung verliere. Der Briefschreiber ging auf das Ansinnen nicht ein und wies ihm die Tür.

Morvilius blieb jedoch in dem Amt im Reichsgewinnministerium und wurde auf Empfehlung dieses Ministeriums später in die Reichsverwaltungsdirektion übernommen, dann in die Reichsrechnungsdirektion, die aus der letzteren hervorging. In seiner letzten Stellung genoss er das unbegrenzte Vertrauen seiner vorgesetzten Behörden, und täglich konnte er über Hunderte von Millionen Reichsmark verfügen.

Nun ist auch bekannt, warum M. fortgesetzt bestraft war, seine ihm verheiratete Schwiegermutter, Frau Weber, zu schänden, da er sonst bestrafen mußte, sie werde kein Recht haben, wenn sie nicht geübt wurde. Morvilius hat 1920 seine Frau gezeuget, offensichtlich unter dem Druck dieser Verhältnisse.

Sturm in der Döber.

† Berlin, 2. Jan. Nach einer Meldung des „M. Z.“ aus Stalbeek durch den schmerzlichen Nordweststurm den Wäldern des dortigen Parks schwere Beschädigungen zugefügt worden. Am Spitze der Döber ist die Braunkohle in einer Tiefe von ungefähr 10 Metern in die See gewirren worden.

Revision im Kleppeldorfer Mordprozesse.

† Wie die Blätter aus Leipzig melden, ist von dem im Kleppeldorfer Mordprozess zum Tode verurteilten Peter Guppen Revision eingeleitet worden. Die Angelegenheit dürfte in etwa vierzehn Tagen vom Reichsgericht entschieden werden.

Ein Bombenattentat in Dinkelsbühl.

Fünfundzwanzig Personen verletzt.

† Dinkelsbühl, 1. Januar. In der Eisenbahnstadt, kurz nach 12 Uhr, warf aus dem dichtgedrängten Marktplatz vor der Kirche, von der aus Chorale herabgelassen wurden, ein junger, etwa 22 Jahre alter Mensch, dessen Personalien noch nicht festgestellt sind, eine selbstgefertigte Bombe, in der sich Dynamit, Kupferpulver, Glas und Eisenstücke befanden, in die Menge. Nach den bisherigen Feststellungen wurden mindestens fünfzig Personen, darunter ein Mann schwer verletzt. Die Personen befinden sich jetzt noch im Krankenhaus. Anschließend war der Anschlag gegen die Eisenbahnstation gerichtet, da sich in nächster Nähe der Explosionsstelle mehrere Schutzpolizisten befanden. Eine Reihe von Personen, die der Mithaterschaft verdächtig sind, wurden verhaftet.

Die Grippeepidemie.

† Dortmund, 3. Januar. Die augenblicklich herrschende Grippeepidemie hat unter dem Personal des hiesigen Fernsprechs- und Telegraphenamts bereits einen großen Umfang angenommen. Von dem Personal des Detachments sind fast ein Drittel an Grippe oder sonstigen Erkältungskrankheiten erkrankt. Die dadurch entstandenen Lücken können nur zum Teil ausgefüllt werden. Unter diesen Umständen waren Verlegungen, vorübergehende Betriebsbeeinträchtigungen und sonstige Unregelmäßigkeiten, besonders im Dienst- und Betriebsbetrieb, nicht zu vermeiden.

Familientragödie.

† Dortmund, 1. Jan. Nach einer Meldung des „M. Z.“ aus Dortmund schied am Samstagabend der Arbeiter Wolf seinen jüngsten Sohn, der für eine Grippeleider leid verlagte, ab. Aus But darüber ersah der ältere Bruder des Ertrunkenen den Vater mit einem Spaten.

† Breslau, 2. Jan. Der 43jährige Schneider August Böhm, der vor kurzem seine Ehefrau durch den Tod verloren hat, wurde mit seinen vier schulpflichtigen Kindern in der Wohnung gaskontaminiert aufgefunden.

Verantwortliche Redaktion: Wolff, Erl. und West. Zeitl. D. Halle. - Export: M. Buchheim. - Anzeigenteil: E. W. Halle. Druck und Verlag: Verlegerin Frau und Verlagsanstalt E. W. Halle sämtlich in Wittenberg.

Die heutige Nummer umfasst 6 Seiten.

